

**Ersteinstägig**  
nachmitt. mit Anwesenheit  
von Herrn. und Herrfräulein.

**Abonnementpreis**  
monatlich 90 Pf.  
vierteljährlich 1.80 Mk.  
pro Anmerk. frei im Voraus.  
Durch die Post bezogen  
1.80 Mk. inkl. Postgebühren.

**Die Neue Welt**  
(Veröffentlichungsbüro),  
monatlich 10 Pf.

**Vertrauens-Anschlüsse:**  
Redaktion: Nr. 208,  
Königsplatz; Nr. 1047,  
Königsplatz; Nr. 1047,  
Königsplatz; Nr. 1047,  
Königsplatz.

# Die Neue Welt

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 6 Spalten  
einmalig 20 Pfennig.  
Für ausserhalb Anzeigen  
25 Pfennig.  
Im rekabulierten Teil  
kollert die Seite 75 Pfennig.

**Interate**  
für eine ganze Nummer  
müssen spätestens bis zum  
10. d. Monats im Voraus  
bezahlt sein.

Eingetragen in die  
Postregulierungsliste.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburger-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
Expeditio: Hary 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Hary 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

### „Positive Mitarbeit.“

„Auch war es eine neue Erscheinung, daß bei dieser wichtigen nationalen Aufgabe die sozialdemokratische Partei positive Mitarbeit getrieben hat.“  
Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur eisenlothringer Verfassungsreform hat die Lösung der Frage ermöglicht, die vom Regierungsvorstand als wichtige nationale Aufgabe bezeichnet wird. Das ist im politischen Leben des Reiches eine Auerung, die nach beiden Seiten für die Regierung wie für die Sozialdemokratie zweifellos von Bedeutung ist.

Ein großer Teil unserer Parteipresse feiert die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in dieser Frage Regierungsspartei spiele und die wichtige nationale Aufgabe der Hohenzollernschen Regierung durchführt, als große Erungenschaft. Die Meinung des Wortführers haben wir schon ausführlich wieder gegeben; heute mögen einige weitere Auerungen Beachtung finden. Zunächst ist wichtig, daß der Vorwärt in einem weiteren Artikel großen Wert auf die Zustimmung legt, doch ohne die Hilfe der Sozialdemokratie die Reform abgelehnt worden wäre. Bekanntlich war das Stimmverhältnis 211 dafür, 88 dagegen. 7 Enthaltungen. Die Vossische Zeitung schrieb dazu:

Die beiden Vorlagen sind keineswegs gutande gekommen, weil die Sozialdemokratie dafür eintrat; sie wären auch, wenn die „Genossen“ sich der Abstimmung enthielten oder dagegen stimmten, glatt angenommen worden.

Der Vorwärt nennt das einen Verfassungsvorwärt, der ganz falsch lieg, und zitiert als Kronzeugen die Deutsche Tageszeitung, die da schrieb:

Katzenfisch wäre ja dem äußeren Anschein nach eine Mehrheit von etwa einem Dutzend Stimmen vorhanden gewesen, wenn die Sozialdemokratie gestimmt hätte. Die Vorlage stimmte nicht. Aber diese 12 Stimmen hätten tatsächlich keineswegs die Aufgabe. Denn wenn die Sozialdemokratie ihre Zustimmung verweigerte, weil die Anhänger der Vorlage das volle gleiche Wahlrecht zurückwiesen, dann wurden auch eine Reihe von Demokraten mitgliedern, ja auch ein großer Teil des Freirechts, mitgliedern, ja auch eine Mehrheit eben nicht mehr vorhanden war. Darum bleibt es dabei, daß die Preisgabe der Mehrheit zugleich der Preis war, um den man die sozialdemokratische Zustimmung erzielte; und daß nach der ganzen Sachlage diese Zustimmung zur Gewinnung einer Mehrheit notwendig war.

Und darum bleibt es auch bei der Meinung stehen, daß die gleiche Ansicht wird auch von einem sozialdemokratischen Fraktionist in einem gleichlautenden Artikel der Dresdener Volkszeitung und der Frankfurter Tagespost in Nürnberg zum Ausdruck gebracht. Damit soll bewiesen werden, daß die Weimarsche Regierung von der Sozialdemokratie abhängig ist und sie deshalb nicht mehr als „antinationale“ und „negierende“ behaupten könne. Am deutlichsten sagt das die Stämpferische Korrespondenz, die von einer Anzahl Parteiblätter abgedruckt wurde. Es heißt da:

Der v. Weismann sollweg hat zur Vollendung des Verfassungsvorwärt die Hilfe des „Anführers“ nicht nur angenommen, sondern auf sie geachtet und sich auf sie gestützt. Er hat den hohen Preis des gleichen Wahlrechts bezahlt, um diese unethisch gewordene Hilfe zu gewinnen. Will die Regierung auch in Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie mit dem Schlagwort haufen gehen von der Partei der dden Vereinigung? Ein Solngeladener würde ihr antworten! Will sie die Arbeiterbewegung auch fernschin mit den kleinlich-gehabigen Mitteln politischer Schikane verfolgen? Sie würde damit bis weit über die Arbeitstrenne hinaus unter allen rechtlich und anständig geminten Menschen einen Sturm furchiger Entzürnung entfesseln, wie sie ihn noch nicht erlebt hat. Niemand verlangt, daß die Regierung aufhören soll, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, aber es muß von ihr gefordert werden, daß sie sich fortan in diesem Kampfe an Stelle der bürgerlichen europäischen Manieren angewandt. Führe sie in der bisherigen Weise fort, dann würden ihre eigenen Taten aufsehen, um gegen sie zu zeugen!

Es ist immer erforderlich, wenn man in der Welt der harten politischen Kämpfe einen neuen vossigere Optimismus begegnet, aber ödenlich wird es, wenn die Massen zu dem Glauben verleitet werden sollen, nun sei alles in Ordnung, jetzt liege wieder Vossigheit, nach Aufschlusse mehr möglich. Diese Tendenz, aus der Unterwürigkeit zu folgern, daß nun ungeteilt die Regierung die Sozialdemokratie anständig und nobel behandeln werde, deht die Chemnitzer Volksstimme sofort bis zum „Marshieren der sozialen Demokratie“ aus. Doch das muß man im Wortlaut genießen. Das Parteiblatt schreibt:

Die Sozialdemokratie hat sich als eine praktisch politische Macht ersten Ranges erwiesen, wie hat all den Wochenschichtungen gezeigt, wie man „politische“ (1) Siege erzielt und sich nicht mit kleinlichen Manipulationen abgeben läßt. Sie ist im Begriff, gerade jetzt bei der dritten Stellung der Reichsversicherungsordnung trotz der verzögerten

Gegenwehr der bürgerlichen Parteien ihnen noch bedeutende soziale Fortschritte abzuwinden, und wenn diese Fortschritte einigermaßen groß sein, wird auch hier die Sozialdemokratie zum Zeichen, daß die Arbeiter die Vorteile erlangen hat. Ihr Satz zu der Vorlage sagen müssen und dadurch die bürgerlichen Parteien die innig ersehnte Wählerparte entstehen und um die Werten schlagen. Allen Wählern zum Vorteil — die soziale Demokratie marschier auch in Deutschland.

Gural! Die Freude darüber, daß die Sozialdemokratie aus „praktischen“ Gründen eine Regierungsvorlage zur Stärkung des Sohoenlothrums schloß, hat unser Chemnitzer Parteiblatt so begeistert, daß es sofort auch seine „negierende“ Stellung zur Reichsversicherungsordnung revidiert. Denn noch zwei Tage vorher hatte es geschrieben, die Ablehnung der R.V.D. sei selbstverständlich. Jetzt aber, wo wir einmal einen Moment Regierungspartei sind, jetzt „Ja sagen“, „Ja sagen“! Dabei sind sogar das Berliner Tagblatt und Frankfurter Zeitung emvort darüber, daß die Freisinnigen beifolien haben, für die Reichsversicherungsordnung zu stimmen (siehe an anderer Stelle des Blattes). Und wie die „soziale Demokratie marschier“, das erzählt die Chemnitzer Volksstimme jukt an ihrem eigenen Leibe. Denn in derselben Nummer muß sie einen Empörungartikel schreiben, daß man ihr am selben Tage, wo das schriftliche Urteil gegen ihre Redakteure (ein Jahr Gefängnis wegen „Wahrschatsbeleidigung“) erging, eine neue ungläubliche Anklage wegen „Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen“ ins Haus schickte. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

Es mecht sich so auf, daß weil die Nationalallianz liberalen mit Ranghammer nicht fertig werden konnten, Kollege Partels ins Gefängnis mußte, daß weil die Regierung den Reichslege die Freiheit der Rükken von der Wertzuwachssteuer abpreßt, zwei Redakteure auf je ein halbes Jahr hinter Schloß und Riegel kamen und daß der Kollege Germann Müller die neuerte Anklage erhielt, weil die Selbstverwaltung in den Strantenorten von einem schamlosen Fluß von Arbeiterleiden zertrampelt wurde.

Und diese Zertrampelung der Selbstverwaltung will die Volkstimme kontionieren, weil die „soziale Demokratie marschier“ und wir als Regierungspartei jetzt nicht mehr mit „politischen Schikane“, sondern mit „antinationalen Manieren“ zu verfahren haben. Der Chemnitzer Gefängnisinspektor läßt inszwischen die Zellen für die Redakteure dicht machen, und die Schellen klingen.

Die Bürgerzeitung, unter Bremer Parteiblatt, bemerkt zu der Wirkung der positiven Mitarbeit unserer Fraktion:

In den Jubelruf vom „Sieg der Demokratie“ können wir ebenfollernig einstimmen, weil wir anerkennen können, daß diese „Tat“ der Regierung gegen sie zeugen wird, wenn sie in Preußen den Zutritt nach wie vor zu Willen ist und jetzt wahrscheinlich mehr wie zuvor sein wird. Was die Reichsregierung für Etsch-Vorbringen ausgedankt, mußte sie zugehen, und muß sie das aber, wie die Dinge liegen, für Preußen auch? Und muß sie sich dort nun „europäische Solange“ gegenüber der Sozialdemokratie annehmen? Solange die Vorterserfassung in Preußen besteht, muß sie das nicht; die neue Verfassung von Etsch-Vorbringen ist aber nicht der Treffer, der jene Herrschaft in Trümmer stürzte oder auch nur eine erhebliche Bresche in sie legte. Wir können diese Politik des schriftlichen Vorwärt, der Mitwirkung (an sogenannter) positiver Gesellschaber unter Zurückstellung grundsätzlicher Bedenken“, wie sie von liberaler Seite bereits kontallert wird, nicht mitmachen. Bei allem Bedauern nach innerer Gefühlshaltung der Partei gerade jetzt, möchten wir doch festhalten wollen an untere Forderungen zu erheben, das Vorterserlat zu großen Forderungen zu erheben, um dadurch schließlich von den bürgerlichen Parteien sozial Skulptate herauszupressen, als überhaupt von ihnen zu erpressen sind“.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte mit einer Sationierung für die Vorlage, die durchaus sünddeusch anmutet.

Wir haben das Vertrauen nicht, daß der Volkswillen auf Grund dieses Geleges einer realtionären Volkswerte Herr werden kann, die die Fraktionserklärung ausbildet und lenken, weil hier der Woden einer „prinzipiellen“ Werten Politik verstanden und jener der „positiven“ Politik im liberalen Sinne betreten wurde, die Abstimmung der Fraktion nicht billigen.

Die Leipziger Volkszeitung stimmt umgekehrt der „positiven Mitarbeit“ der Fraktion zu und erhofft vom Bahrrecht eine revolutionierende Wirkung.

Der Braunschweiger Volksfreund sagt:  
Der gibt die Staatsgewalt einem unverantwortlichen Monarchen, der die Regierung ernannt, die Landesgesetze entwirft und sie nach der Zustimmung der Volksvertretung verordnet. Dieser Monarch ist zudem noch unbeschränkter Kommandeur der Militärmacht. Das wäre wahrhaftig sein Freistaat, der da geschaffen wurde, er bewirktliche nur die Verbrechen, die die deutschen Nation auf dem Wege der Könige über „Ahrharen“ geben. Der Wiener Kongress fand aber schon vor rund 100 Jahren statt. Das ist wahrhaftig kein Fortschritt, der 100 Jahre gerüchelt. Doch das ist noch nicht alles. Die Volkswerte

tretung, der Landtag, ist trotz des gleichen Wahlrechts gar keine Volksvertretung; denn er besteht aus zwei Kammern. Die Erste Kammer ist ein Herrenhaus, nach Art der preussischen Reichstammer gebildet, mit „Neuerungen“ im überwindenen händischen Sinne. Die Sätze der Mitglieder erneuert der Monarch. Und diese Kammer hat das Recht, den ganzen Etat abzulehnen, den die aus dem gleichen Wahlrecht, das übrigens auch noch lange kein wirkliches gleiches Wahlrecht ist, hervorgegangene Zweite Kammer angenommen hat. Schon in der englischen Revolution schafften die Puritaner das Oberhaus ab und nahmen dem König die Staatsgewalt. In Etsch-Vorbringen wird 280 Jahre nach der englischen und 120 Jahre nach der französischen Revolution das eingeleitet, was in diesen Revolutionen das Bürgerium besiegte. Nein, es ist keine freie Verfassung, was das Etsch-Vorbringen enthält. Es ist der Konstitutionalismus im feinen, kammerechtlichen Form, wenn man die Verfassung für sich betrachtet.

In der Frankfurter Volksstimme heißt es:  
Gegen die Arbeiterchaft wird durch die Antifastheitsanstalt von drei Jahren im Lande und einem Jahr in der Gemeinde schwer getroffen. Es ist also kein Wunder, wenn gerade die eisenlothringer Arbeiterchaft das neue Gesetz nicht mit besonders günstigen Augen ansieht. Allgemein war man deshalb in der Partei der Zustimmung, daß die Fraktion eigentlich gegen die Vorlage stimmen werde, und nicht gering war die Hebertragung, als man erfuhr, daß sich die Reichstagsfraktion zu einem gutkündenden Votum entschlossen habe. Jede Parteiblätter, die freie Presse in Etschburg wie die Volkzeitung in Wülhausen, rieten der Fraktion zu einem abschneidenden Votum und lehrten ihrerseits jedwede Verantwortung für die Zustimmung ab. Die Wülhauser Genossen wandten sich in zwölf Stunden nach die Fraktion mit dem Erläuter, die Vorlage abzulehnen; ein gleiches tat der Landesvorstand. Die Fraktion blieb aber aus Grund der Erwägungen allgemeiner politischer Natur bei ihrem gelassenen Votum und stimmte in der Schlußabstimmung der Vorlage zu. Säre die Fraktion anders votiert, das Schicksal der Vorlage wäre außerordentlich zweifelhaft gewesen.

Die Etsch-Vorbringer im allgemeinen und unsere Genossen im besonderen müssen sich daher mit den gegebenen Verhältnissen abfinden. Sie können das um so leichter, als gegenüber dem jetzigen Zustande das neue Gesetz doch einen ganz gewaltigen Fortschritt bedeutet.

Die Straßburger freie Presse hatte geschrieben:

Diese Dinge sind die Erste Kammer und das Kaiserliche Vorterserlat. Die mit in Kauf zu nehmen, dazu können wir uns nicht verstehen. Nie und nimmer werden wir einer Vorlage zustimmen, welche derartig realtionäre Bestimmungen enthält. Stimmt also die Fraktion der Vorlage wirklich zu, so müssen wir ihr die Verantwortung vorhalten. Wir selbst sind nicht in der Lage, sie zu tragen.

Und die Wülhauser Genossen hatten ihre Meinung dahin ausgedrückt:

Nein, da dürfen wir nicht mitmachen! Wir an unferne Teile können alle Mitverantwortung entscheiden ab. Und wir erwarten von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie bei der Endabstimmung im Namen des Reichstages Mann für Mann gegen die Vorlage stimmt.

Auch in Colmar behalte sich eine Parteiverammlung mit der Verfassungsvorlage. Nach dem Berichte des Straßburger Parteiverstaltung stellen sie alle Männer einmütig auf den Standpunkt, daß die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages dieser Vorlage nicht zustimmen dürfe.

Die Wülhauser Volkszeitung (Etsch) schreibt jetzt:  
Die Fraktion hat anders entschieden. Wir bedauern diese Stellungnahme, die nur aus dem Grunde der Wahlrechtstages in Preußen und Sachsen heraus erlirt werden kann. In dieser Verteilung wissen wir uns eins mit dem Abgeordneten des Freies Wülhausen, dem Genossen E. m. e. l. dem unter diesen Umständen nur übrig bleibt, seine abweichende Meinung gegenüber der Mehrheit der Fraktion durch Stimmhaltung zum Ausdruck zu bringen.

Diese Stellung von der Stimmhaltung Einmütig wird durch die weit wichtigere ergänzt, daß sich sechs Fraktionmitglieder aus Protest gegen den Beschluß der Fraktion von der dritten Sitzung demontarisch ferngehalten haben. Wir es heißt, sind darunter die Genossen V. l. r. e. d. i. und A. u. e. r. t. g. e. n. e. i. — was wir begreifen müssen. Der zustimmende Beschluß in der Fraktion soll übrigens nur mit einigenden Stimmen Mehrheit gefaßt worden sein.

Die sozialdemokratische Partei Etsch-Vorbringers wendet sich in einem Aufrufe an die Genossen, nun, da die Entscheidung gefallen, ihre Pflicht zu tun. Es heißt in dem Aufrufe, daß der Landesvorstand die Auffassung der Fraktion nicht teilt, sie aber vom allgemein politischen Standpunkt der Fraktion durchaus begreift. Der Aufruf schließt: „Zeigen wir, daß wir zu kämpfen verstehen, zu kämpfen für das ausgebreitete Vorterserlat, zu kämpfen für das unterbrochene, immer noch in einer Arbeitstrenne der Vorterserlat eisenlothringer Volk.“



lungen auf den Erbst zu verlagern. Wenn der Reichstag später als am 10. Oktober seine Arbeiten aufnimmt, wird die Schiffahrtsabgabekommission trotzdem schon am 10. Oktober wieder zusammentreten.

Die der Teufel das „Leidenverbreitungsgefecht“ aufzuheben bräde. Die fromme Germania klagt, leider hätten die ohne Entschädigung fehlenden Mitglieder des Zentrums und der politischen Fraktion — die selbstverständlich von der Germania namentlich angeführt werden — das Zustandekommen des „Leidenverbreitungsgefechtes“ verhindert. „Wir sind noch zwei Zentrumsleute aufgesprungen, mehr zur Stelle gewesen, so würde die Vorlage gefallen sein, da Stimmengleichheit der Ablehnung gleich gilt.“ So gesteht sich dieser Auszug aus den Abstimmungslisten, den wir hier auf vielseitigen Wunsch vorzuführen, zu einer schweren Anklage gegen die Abgeordneten, die ohne Entschädigung fehlten. Es wird daher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der katholischen Wähler sein, von den Abgeordneten Aufklärung über ihr Verhalten bei der Abstimmung über das Leidenverbreitungsgefecht zu fordern.

Sicherlich hat der Teufel den Schwärzen einen Spahernadel spielen wollen, indem er die Zentrumsabgeordneten von der Sitzung fernhielt.

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist am Sonnabend als deutsche Abteilung der 1910 in Paris gegründeten Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit errichtet worden. Den Vorsitz führt Dr. Freund, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise und Vizepräsident der Internationalen Vereinigung. Als Zweck der neuen Gesellschaft formuliert der § 3 der Statuten: Das Problem der Arbeitslosigkeit und die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu untersuchen, aufzuspüren, Materialien zu sammeln und die einschlägigen Fragen in Versammlungen zu erörtern. Satzungsgemäß soll die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Verbande deutscher Arbeitsnachweise in enge Verbindung treten. Die Bureau des beiden Organisationen sollen mit einander vereinigt und öffentliche Versammlungen abgehalten werden.

Wahlrechtswahl. Zu einem Artikel nach der Schatz führt der Reichsbote aus Anlaß der Erledigung der reichsständischen Verfassungsreform u. a. aus: „Zurück bleiben haben deutsche Staatsämtern in mehreren Einzelstaaten schon mit dem demokratischen Feuer sehr freimütig geipelt, und jetzt glauben auch preussische Minister nichts Besseres tun zu können, als daß sie einem neuen Parteiführer in dem Wahlgesetz zu seinem einflussreichsten Repräsentantenkörper auch ein unverdammtes Zeugnis beibringen. Das ist geradezu unfähig. Die politische Verantwortung für den Tag und Tag immer gebietereicher zu wirkenden Gegenständen gegen das vom Reichswahlgesetz dem Reichsorganismus bereits zugeführte Gift.“

Der Reichsbote behauptet, sein patriotisches Herz und seine Sorge um das Wohl des Vaterlandes zwingen ihn zu solchen Behauptungen!

### Belgien.

#### Universalwahlrecht im Parlament.

Die Regierung, der schon fünf Bewölle auf den Tisch bemilligt worden sind, forderte am Freitag vor der Deputiertenkammer drei weitere Bewölle. Die Wobaten und die Sozialisten erhoben gegen dieses Gebaren Einspruch, da noch 14 Staatsmittel unerledigt seien, und verließen zum Besehen ihres Mißtrauens gegen die jetzige Regierung den Sitzungssaal. Die Rechte bewilligte hierauf allein den außerordentlichen Kredit. Dann legte die Kammer die Beratung über die Zulassung des Schulgesetzes fort, für die der Ministerpräsident, von der Opposition fortgesetzt und stürmisch unterbrochen, eintrat. Nach Schluß der Rede tief die gesamte Linke: „Nieder mit den Klostern!“

### Portugal.

#### Die Treibereien der Monarchisten.

Nach Meldungen, die in den letzten Tagen aus Lissabon eintrafen, sollten angeblich im ganzen Lande Unruhen und Aufruhr herrschen und der Ausbruch einer durch die Monarchisten geplanten Konterrevolution jeden Tag zu erwarten sein. Hauptstädtlich englische Zeitungen berichten, daß die Straßen von Lissabon berüht, zahlreiche Polizisten fahnenflüchtig geworden seien und viele wohlhabende Einwohner die Stadt verlassen hätten. Demgegenüber wird, wie in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu lesen ist, von einer portugiesischen Seite erklärt, im Lande herrsche vollkommene Ordnung. Die Ruhe werde nur durch die allerniedrigsten Gerüchte, die von ängstlichen Feinden in die Welt gesetzt wurden und bei anderen sorglosen Bürgern den Glauben erregten. So erheben sich die Mächte von vielen Monarchisten aus Lissabon und dem ganzen Lande. Die spanische Regierung habe verprochen, alle Verdächtigen von der Grenze zu entfernen. Sobald dies geschehen sei, werde die Ruhe gewiss wiederkehren. Verschiedene große wirtschaftliche Vereinigungen Portugals haben in einer gemeinsamen Versammlung einen Beschluß gefaßt angenommen, in dem sie den alarmierenden Gerüchten entgegenzutreten und ihrem Vertrauen zu den neuen staatlichen Einrichtungen Ausdruck geben.

### Türkei.

#### Türkisch-bulgarischer Grenzkonflikt.

Sofia, 28. Mai. Geiern nachmittags kam es in der Nähe des Grenzpostens Dschidar zu einem Gefecht zwischen bulgarischen und türkischen Grenztruppen. Hierbei wurde ein türkischer Offizier und zwei Soldaten erschossen. Auf bulgarischer Seite wurde ein Soldat verwundet. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht aufgeklärt. Angeblich sollen die Türken auf bulgarisches Gebiet eine Schanze graben haben und dabei von bulgarischen Soldaten gefoltert worden sein. Der Vorfall erregt großes Aufsehen.

### Mexiko.

#### Diez auf der Flucht.

Der bisherige Präsident Diaz, der, wie jetzt bekannt wird, erst durch einen Vorkaufmann in der Stadt Mexiko zum Präsidentenamt ernannt wurde, hat sich heimlich auf und davon gemacht. Die Meise wurde mit allen Vorkehrungen ausgeführt. Es wurden drei Bände benutzt. Diaz fuhr und Sohn reisten mit dem zweiten Zuge, der dritte führte eine Ab-

teilung Soldaten mit sich. Die Abfahrtszeit wurde nicht bekanntgegeben, da man befürchtete, Aufreiter könnten die Flucht Diaz verhindern und ihn fälschlich mitnehmen. Diaz hat sich an Bord des Dampfers Pirana begeben, der Donnerstag von Veracruz nach Europa abgeht. — Wird das mexikanische Volk trotz sein, daß es des Bedrängers los und ledig ist!

### Ein Manifest Maderos.

New York, 28. Mai. Ein Telegramm aus Juarez meldet, daß Madero ein Manifest erlassen habe, in welchem er die provisorische Präsidentschaft niederlegt, an die Mexikaner den Appell richtet, de la Barra zu unterstützen, und ihm die Truppen der Aufständischen zur Verfügung stellt.

### Der Moloch marschirt.

Aus Wien wird uns geschrieben: Jubelnd verhandelt es die bürgerliche Presse: Oesterreich wird beim nächsten Krieg 2 1/2 Millionen Soldaten ins Feld stellen können! Nur Ungarn, Deutschland und Frankreich werden uns voraus sein, während unser Rindvieh hinter uns zurückbleiben wird! Vor wenigen Jahren jammerte der Kriegsminister Schönald in den Delegationen, daß „die Arme verborrt“ und seither wären Jahr um Jahr neue Reiser auf den verborrenen Baum gestropt. Neue Kanonen, neue Gewehre, neue Uniformen wurden während der bosnischen Krise ohne Parlamentsbewilligung angeschafft und neue Kriegsschiffe und Torpedos wurden heuer von den Delegationen bewilligt. Aber mehr Meistruen sentte sich der Kriegsminister weder selbst bewilligen, noch von den Delegationen sich bewilligen lassen. Das müßte die hebräer: Parlamentarismus Oesterreichs und Ungarns. Und wie diese einlaßt mit der Forderung hinzutreten, daß die mehr Soldaten bewilligen, wagte man doch nicht. Da erinnerte uns sich, daß Oesterreich noch die dreijährige Dienstzeit und einen veralteten barbarischen Militärstrafprozeß habe, und daß man vielleicht mit einigen kleinen Reformen die Zermehrung der Meistruen durchsetzen könnte.

Die Ausführung dieses Planes liegt nun unter dem Namen einer Wehrrreform vor uns. Die Vorlage, die in ungarischen Reichstags vorgelegt, in Oesterreich aber, da der Reichsrat nicht tagt, nur in einem Auszuge den Zeitungen bekannt gegeben wurde, will unter dem Scheine der Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre der Bewilligung neuer reiche Lasten aufbürden. Die zweiwährige Dienstzeit wird, vor allem nur bei den Fußtruppen eingeführt. Bei der Kavallerie und reitenden Artillerie bleibt, wie offiziell gesagt wird, „selbstverständlich“ die dreijährige, bei der Kriegsmarine die vierwährige Dienstzeit. Aber auch bei den Fußtruppen soll die zweiwährige Dienstzeit nicht folter, sondern „nur passiv“ hinnen drei Jahren eingeführt werden. Von der zweiwährigen Dienstzeit sind aber noch andere Ausnahmen: Die Interoffiziere sollen drei Jahre dienen, und damit sich niemand absichtlich unrichtig stellt, sollen auch eben solche „gemeine Soldaten“, als es Interoffiziere gibt, noch ein drittes Jahr dienen. Das bedeutet, daß niemand, der zum Offizier eintritt, wissen wird, ob er schon nach zwei Jahren wieder freigelassen wird. Charakteristisch für den Geist dieser Wehrrform ist, daß die Ersatzreserve mit einer außerordentlichen Ausbildung eingeschränkt wird, als jährlich nur etwa 5000 Personen in sie einzureihen sind, wobei „die spezifischen Verhältnisse des Gewerbebetriebes und die Aufrechterhaltung eines geschäftlichen Betriebes“ berücksichtigt werden soll; d. h. daß die Wöhne der Wehrer und der Bauern besonders begünstigt werden sollen. Für diese wird auch noch eine andere Ausnahme geschaffen. Diejenigen, die eine Schule absolviert haben, die „für einen gewerblichen, landwirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, land- und forstwirtschaftlichen, berg- oder hüttenmännischen Berufszweig eine abgeschlossene Bildung vermittelt“, sollen überhaupt nie zum dritten Präsenzdienstjahr verpflichtet sein.

Für diese langen, zweiwährige Dienstpflicht soll die Zahl der alljährlich ausgehobenen Rekruten von 108 100 auf 159 500, das ist mehr als die Hälfte, erhöht werden. Dabei wagt es die Kriegsverwaltung selbst nicht, diese gewaltige Erhöhung mit der zweiwährigen Dienstpflicht zu begründen. Sie gibt vielmehr zu, daß diese nur eine Verneuerung um 29 200 Rekruten erfordern würden. 17 500 Mann werden zur „Standesamtenzung“, 7450 Mann zu „Rekrutenschulen“ und 2000 Mann für die Kriegsmarine gefordert. Aber in dieser Zahl ist die Landwehr, die schon jetzt die zweiwährige Dienstzeit hat, nicht eingerechnet; auch sie soll von 19 770 auf 28 000 Mann vergrößert werden.

Als Kosten berechnet die Regierung für einmalige Aufwendungen 48 Millionen Kronen (= 40 Millionen Mark) und an jährlichen Mehrausgaben 41 470 000 Kronen (= 36 Millionen Mark).

Nicht viel besser ist, was die Heeresverwaltung mit der Reform des Militärstrafverfahrens bietet. Nur weil der geltende österreichische Militärstrafprozeß einfach eine barbarische Unschicklichkeit ist, wo der Angeklagte bei dem ganzen Verfahren nicht einmal anwesend ist, seinen Verteidiger nicht gegenüber gestellt wird und wo die Funktionen des Staatsanwalts, Verteidigers und Richters in einer Person vereinigt sind — kann die neue Prozedurordnung als Schritt in die Zukunft kommen. Wenigstens wird jetzt das schriftliche, mittelbare, geheime Verfahren zum Teil abgeschafft, wenn auch die Wehrer der Gerichte nur Offiziere sein sollen und wenn auch die Öffentlichkeit schon aus Gründen der „Staatsicherheit“ und der „Gehaltung militärischer Interessen“ ausgeschlossen werden kann.

Es scheint, daß der Kriegsverwaltung die Verführung, die sie plant, bei dem bürgerlichen Publikum wenigstens gelingen wird. Die bürgerliche Presse richtet ihre Kritik höchstens gegen die Bestimmungen über den Sprachgebrauch bei den Militärgerichten, die ungewohnte Bekleidung des Volkes, die da geplant ist, nicht in nicht. Es wird wieder der Sozialismus, der allein vorbehalten sein, den Kampf gegen diesen Geiz des Militarismus zu führen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Schütz, für Ausland, Gewerkschaftliches, feuilleton und Vermischtes Karl Wolf, Lokales, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. W. Spaschek, sämtlich in Halle.

### Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe hat eine außerordentliche Verärgerung erfahren. Nach den Verhandlungen vor dem Einigungsamt mußte jeder erwarten, daß die Unternehmer dem Schiedsgericht des Einigungsamts des Hamburger Gewerbebezirks bezüglich des partiellierten Arbeitsabwises ohne weiteres annehmen würden, weil der Schiedspruch ihren Wünschen in jeder Richtung Befriedigung bringt und was von den Arbeitern verlangte Obligatorium in der Praxis besteht. Und haben aber die Unternehmer in einer Versammlung, die von rund 500 Personen besucht war, am 28. Mai den Schiedspruch sogar abgelehnt und zwar einstimmig. Auch ein gestellter Antrag auf Grund der vom Einigungsamt gemachten Vor schläge, mit den Arbeitern in weitere Verhandlungen einzutreten, wurde mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Es wird also einen recht erbitterten Kampf in Hamburg geben. Die Holzarbeiter Hamburgs sind hier bestenfalls. Eine Versammlung der Streikenden, die am 22. d. Mts. stattfand und die zum Schiedspruch Stellung nahm, erklärte, daß die Arbeiter dem Schiedspruch zugestimmt hätten, weil er den partiellierten Arbeitsabweis mit dem Obligatorium — wenn auch in beschränkter Sinne — enthält.

Am 1. Juni wird den Streikenden und Ausgesperrten eine Mietsunterstützung gewährt. Am 27. d. Mts. wird eine allgemeine Mitgliederversammlung der Zählstelle Hamburg stattfinden, die die Erhebung eines Extrabeitrages beschließen wird, um den Streikenden eine Extramietunterstützung zur Miete für die weiteren Monate zu gewähren.

Zu den neuen Bedingungen arbeiten gegenwärtig rund 1500 Holzarbeiter. Wenn der Bezug auch weiter freigegeben wird, werden die Unternehmer sehr bald einsehen, daß der Holzarbeiterverband mit großen Worten nicht unterzugehen will.

### Zum Wädelstreik in Berlin.

Am Sonnabend lagen bereits über 1400 Bewilligungen vor, etwa 3000 Schiffe werden somit zu uralten Bedingungen beschliffen. Damit kann der Kampf eigentlich schon als entschieden betrachtet werden, denn der Beschluß der Wädelstreikungen, den Schiedspruch nicht anzuerkennen, ist damit völlig in glück. Selbst im Westen von Berlin, wo bei früheren Lohnbewegungen Bewilligungen fast nicht erreicht werden konnten, sind diesmal die Forderungen der Schiffe vielfach anerkannt worden.

Die Innung in Schöneberg tritt besonders im Kampfe dadurch hervor, daß sie ein Flugblatt abgibt, das an die Wehrer zur Verteilung gelangt.

Selbst in der Mitte der Schärmmacher wird die Stimmung schwankend. Der Sohn des Obermeister Liebig hat kein Meinungen und die Forderungen der Schiffe bewilligt; die Spritze über seinen Betrieb ist damit aufgehoben. Die Meinungsänderung Innung, zu der der Wädelstreik geführt hat, hatte sich einstimmig den Schiedspruch abgelehnt.

### Schwarze Listen im Bergarbeiterkampf.

Die Bergarbeiterunternehmer im Oertelauer Bergbau werden Hilfe bei anderen Unternehmern, die damit völlig in glück. Selbst im Westen von Berlin, wo bei früheren Lohnbewegungen Bewilligungen fast nicht erreicht werden konnten, sind diesmal die Forderungen der Schiffe vielfach anerkannt worden.

### Allerlei.

#### Aus dem Reiche der Wüste.

Der am Ferning Paris — Madrid beistellte Minister Bedrieh ist Freitag morgen von Rabonne aufgegeben und hat die weiteren Angelegenheiten nach Madrid den 6. und 7. d. Mts. in Höhe von 2000 Meilen überflogen. Die ganze Fahrt wurde von lebhaften Ovationen der in allen Ortschaften zusammengetrommelten Bevölkerung begleitet. Um 8 Uhr 5 Minuten landete der sibirische Flieger bereits unter dem Jubel der Zuschauer im Aerodrom zu Madrid.

Der Abteilungsleiter von der Donnersst. Abend in London mit einem Volkstanz-Gindefen einen Ausflug internam und eine Höhe von 200 Fuß erreichte, wollte im Geflüge niedergehen. Der Wöhne erfolgte aber zu spät und der Abwärt saulte mit großer Beschleunigung zur Erde nieder und auf vollkommene in Erden Staub wurde ist unter dem Wöher seines Hingeworfens herabgefallen. Der Unfall ist, wie der Leiter der Bergwerkes-Gesellschaft geübten Schule erklärte, auf den Zeitpunkt von 2000 Meilen zurückzuführen.

Auf dem Flugzeug von Gallies-sur-Tarn führte die Abteilungsleiter in die noch einem wohlgeplungenen Zuge über die Wöhne. Der Abwärt kippte beim Landen über und zerbrach, wobei die Fliegerer etwa acht Meilen weit fortgeschleudert wurde. Sie erlitt erhebliche Verletzungen.

### Wasserstände.

Ort	Art	27. Mai	28. Mai	Diff.	Woch.
Artern	Brüdenweg	+0,45	+0,45	—	—
	Unteregel	+1,32	+2,04	+0,72	+0,04
Weißentfels	Oberegel	+2,42	+2,40	0,02	—
	Unteregel	+0,16	+0,12	0,04	—
Trotzla	Oberegel	+1,74	+1,74	—	—
	Unteregel	+2,42	+2,40	0,02	—
Wilsleben	Oberegel	+3,31	+3,30	0,01	—
	Unteregel	+0,92	+0,91	0,01	—
Halle	Oberegel	+1,47	+1,54	+0,07	+0,07
	Unteregel	+0,45	+0,50	+0,05	+0,05

Oberegel.

Ort	27. Mai	28. Mai	Diff.
Dresden	+0,70	+0,82	0,12
Leipzig	+1,50	+1,48	0,02
Chemnitz	+2,05	+2,42	0,37
Nürnberg	+2,02	+1,86	0,17
Hof	+2,00	+1,96	0,04
Regensburg	+1,78	+1,62	0,16

Beste Leinwand für alle Zwecke



Loewendahl's

kauft man vorteilhaft bei



Deutscher Reichstag.

185. Sitzung, Sonnabend den 27. Mai, vormittags 11 Uhr.

Reichsversicherungs-Ordnung

wird fortgesetzt.

Vgl. Nr. 123.

Als gestern Herr Trimbom als erster Stadtrat... die dritte Beratung der Reichsversicherungs-Ordnung...

Das Zentrum trägt die Schuld daran...

das seit mehr als 25 Jahren die Landarbeit... die Arbeiter 120 Millionen Mark bezahlen...

Wenn er mit 180 Millionen Mark... die Arbeiter selber kommen...

Wenn er mit 180 Millionen Mark... die Arbeiter selber kommen... die Arbeiter selber kommen...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Rein Geld der besitzenden Klasse... die Arbeiter ist die Versicherung...

Rein Geld der besitzenden Klasse...

Für die Reichsversicherung, mit der Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie erhoben werden...

Reinlichkeit und Sauberkeit verlangt Graf Westarp...

Vor Söder und Hammerstein waren die Zuschläger...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

gerung aufweisen, konnte man annehmen...

Reinlichkeit und Sauberkeit verlangt Graf Westarp...

Vor Söder und Hammerstein waren die Zuschläger...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

die Kreuzungen konservativer Moral...

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 29. Mai 1911.

Volkspartei.

Gesellschaft mit befristeter Haftung...

so wird demnach die Firma für unter Arbeitslos lautend...

bisher die Leitung um ausübende offene Handelsgesellschaft...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand...

am Montag, den 29. Mai, um 10 Uhr...

Kreislicher Terrorismus.

Der § 153 der Gewerbeordnung, der freitenden Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...

eingedrückt hat, konnte auch jetzt gegen die Arbeiter...





folgender Maßregel aus, den die gesamte Teilnehmerpresse veröffentlicht:

„Gegenüber dem Gerücht, daß die am 6. Mai abgetriebenen Arbeiter nicht eher wieder anfahren würden, bis alle bei der Arbeit verbliebenen Leute von den Werksverwaltungen entlassen seien, erklären wir, daß wir selbstverständlich keinerlei Anstalten abgeben werden. Wir werden nicht zulassen, daß die Arbeitswilligen durch diejenigen, die jetzt die Arbeit bei uns niedergelegt haben, aus ihren Arbeitsstellen verdrängt werden.“

Nach dieser Bekanntmachung zu schließen, müssen die in den Werken liegenden gebliebenen Arbeitswilligen auch unzufrieden werden. Spricht doch gerade die Angst aus dieser Erklärung, daß die Arbeitswilligen sich erneut, dem Streik noch anschließen. Um dieses zu verhindern, wird ihnen in rührender Weise verkündigt, daß die bevorstehende Schluß von den Unternehmern geniesse. Der Braunkohlenindustrieverein redet von einem Gerücht, das nur in der Unternehmernphantasie enthalten sein kann. Wir müssen schon annehmen, daß der Braunkohlenindustrieverein nur deshalb in das Reich der Fabeln getrieben ist, um den Arbeitswilligen zu sagen, wie wohlwollend ihnen der Verein gegenüber steht. Ohne Grund wußte dieses die letzten Unternehmern gewiß nicht, um, denn dazu sind sie zu schamig. Das Gerücht gibt ihnen Veranlassung.

Durch die Erklärung erfahren wir aber, daß dem Braunkohlenindustrieverein in das Feuer, das er selbst entfacht, auf den Nägeln brennt.

Einzeln Gewerkschaften betreiben auch Hausagitation. Sie schicken in die Wohnungen der Streikenden und lassen bestellen: „Der Herr Direktor, Betriebsführer oder Oberleiter läßt freundlich grüßen und bitten. Sie möchten doch zur Arbeit kommen!“ So schick ich man den Arbeitern vor dem Streik nicht entgegenkommen, doch auch diese Höflichkeit rührt sie nicht. Sie lassen sich durch diese Strengengänge nicht beirren. Wir lassen unsere Wappentafeln, lagte ein Streikender, den man auch hätte freundlich grüßen lassen.

Am Dinnelfahrtstag um auf dem Bahnhof in Lützen a. a. ein Mann, Karle, Transport Erste unter der Führung eines Oberleiters an. Diese wurden erit gar nicht vom Bahnhof heruntergebracht. In Begleitung von zwei Gendarmen und unter der Aufsicht des Stationsvorstehers ging es gleich über das Bahngleis hinüber zur Grube Paul. Im Interesse der Grubenbesitzer wird die Bestimmung: „Das Bestreben der Bahngäste ist verboten!“ außer Kraft gesetzt. Drei andere Gendarmen bewachen sich, die aus dem Zug aussteigenden Fahrgäste in sämtlicher Weise vom Bahnhof herunterzubringen. Der Stationsvorsteher war auch hierbei sehr beflissen. Er forderte die Gendarmen auf, den Gen. Ritar zu beschaffen, weil dieser die Leute „aufseize“. Recht hervor tat sich ein noch junger Gendarm zur Hilfe. Er griff den im Streikrevier anwesenden Genossen Pöfeler durch Stößen in ältlich an und machte auch Anstalten, den Säbel zu ziehen. Der Genosse Pöfeler sollte nach Ansicht des Gendarmen nicht schnell genug gelaufen sein. Wegen das Vorgehen dieser Beamten wird Beschwerde geführt werden.

Heute geht es auch in Meuselwitz zu. Dort liegt die Grube Geure, welche auf jede Weise versucht, Arbeitswillige zu bekommen. Alle Herbergen und Verberbersteller in Leipzig werden abgesehen, um Leute zu bekommen. Diese werden dann per Bahn bis Meuselwitz geschafft und von dort mit Wagen und Automobilen zum Werk gebracht. Am 26. Mai kam ein Transport von ungefähr 20 Mann dort an. Diese wurden auf einem Leiterwagen und Automobilen in Begleitung zweier Gendarmen abgeholt. Also für jedes nützliche Element ein bewaffneter Beschützer! Jeder Streikende, der sich dem Transport nähern wollte, wurde zu rde zu rde geßosen. Ueber das Verhalten der Gendarmen herrschte in der kleinen Industriestadt eine einzige Empörung. Das Bürgerkomitee sympathisiert sehr mit den Arbeitern. Manches harte Wort wurde dem Transport entgegengeschleudert. Das geschah jedoch, waren keine Schmeicheleien für die den Transport begleitenden Beamten.

Am 27. Mai sollte wieder ein Transport von Leipzig kommen. Am Bahnhof hatten sich 15 Gendarmen, 4 Polizisten und Automobile eingefunden, um die Herren Arbeitswilligen zu empfangen. Aber o Schreck, aus dem Zug flüchtete ein einziges Männlein, das sich unter dem Schutz der bewaffneten Macht stellte. Wie eine bedrohte Majestä wurde der Mann zum Automobil gebracht, wo ihn ein freund-

liches „Bitte schön!“ zum Einsteigen veranlaßte. Drei Gendarmen folgten diesem Beispiel, dann erlöste die Automobiltube und fort ging es zum Stadteisen hinaus dem Werk entgegen. Unter den Bürgern wird die Frage aufgenommen, wer die Bewandlung, die man der Grube Geure für Verhütung gestellt hat, bezahlt. Auf diesem Feld befindet sich bei Tag und Nacht ein Gendarmerieaufgebot von mindestens zehn Mann. Es entfielen also erhebliche Kosten. Wer bezahlt diese Kosten? Die Bürger von Meuselwitz sind an der Verantwortung dieser Frage allgemein interessiert.

Das Verhalten der Streikenden ist ein gutes. Streikende lassen sie sich zu Unbehagenheiten hinreißen. Daß es noch nicht zu Zulassungen gekommen ist, liegt nicht an dem Gendarmerieaufgebot, das im Revier tätig ist. Manches Beamte könnte sich an dem ruhigen Verhalten der Streikenden ein Beispiel nehmen. Die Streikenden führen ihren Kampf mit Besonnenheit und das verdrückt ihnen auch der Erfolg.

#### Arbeitsrichter und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften und Parteigenossen in noch rüchständigen Gegenden machen bei Vergütungen mitunter dieselben Erfahrungen, wie bei Vermählungen; die hohe Obrigkeit sieht sie nicht gern und möchte am liebsten von ihnen gar nichts wissen. Persönliche Vergütungen sind nach den erlassenen Bestimmungen von der Genehmigung durch die Polizei abhängig. Sehr oft aber, wenn bei irgend einem Arbeitsrichter das Fest einer Gewerkschaftsversammlung oder eines sozialdemokratischen Kreisversamms angemeldet wird, kommt die Antwort, daß die Erlaubnis verlangt wird. Man hat Vereinsvergütungen sogar schon wegen der Maut- und Kautenlege verboten wollen, obwohl die Bestimmungen sagen, daß solche Veranstaltungen an eine Genehmigung nicht gebunden sind. Trotz der wiederholten Befehlungen, die manchem netches-unzufriedenen Arbeitsrichter erlit erreicht worden sind, wird immer wieder versucht den Arbeiterorganisationen Schwierigkeiten zu bereiten, wie aus nachstehendem ersichtlich ist.

Die Bahnhöfe Meuselwitz des Bergarbeiterverbandes hatte im Dezember vorigen Jahres für ihre Mitglieder und die eingelassenen Gäste ein geschlossenes Vergütungen abgehalten. Der zuständige Arbeitsrichter lehnte dem Veranlasser einen Schreibbrief, in dem er ihm mitteilte, daß die Genehmigung zu dem Fest verlangt würde. Da es sich um ein geschlossenes Vereinsvergütungen handelte und demzufolge auch nichts zu „genemigen“ war, hielten die Bergarbeiter ganz veranlagt ihr Fest ab. Und nun wurde alles mögliche in Bewegung gesetzt, Mäntlein und Weiseln wurden einem hochnotpeinlichen Vorber unterworfen, um die selbstlosen „Veranlasser“ zu treffen. Trotz des negativen Erfolges der Voruntersuchung beantragte die Staatsanwaltschaft den Erlaß eines Verbotsschreibens gegen den Genossen Walter. Darauf ist nun folgender Bescheid ergangen:

„Der Antrag der Königlich-staatlichen Staatsanwaltschaft, gegen den Hndelmann Karl Walter in Meuselwitz wegen Veranlassung einer öffentlichen Zusammenkunft ohne polizeiliche Genehmigung (§§ 1-3 der Meuselwitz-Polizeiverordnung vom 4. September 1897) den Strafverlaß zu erlassen, wird abgelehnt.“

Der Bescheidliche hat in seiner Eigenschaft als „Veranlassermann“ am 1. Dezember 1910 ein „geschlossenes Vergütungen der Zahlstelle Meuselwitz des Bergarbeiterverbandes“ bei dem Arbeitsrichter in Meuselwitz angemeldet und dieses Vergütungen ist demnach für ihre Mitglieder und die eingelassenen Gäste in geschlossener Gemeinschaft erit. Auch wenn man danach annehmen will, daß der Bescheidliche derjenige ist, der die fragliche Zusammenkunft — angeblich Zusammenkunft — „veranlasser“ hat, so ist er doch deswegen nicht strafbar, weil die Veranstaltung nicht als eine öffentliche angesehen werden kann und deshalb einer polizeilichen Genehmigung auch nicht bedurfte. Denn die in der „Zahlstelle Meuselwitz“ genannten Abteilung des Bergarbeiterverbandes organisierten Personen, für welche die Zusammenkunft stattfand, sind nicht ausschließlich oder hauptsächlich zu dem Zweck, derartige Zusammenkünfte zu veranstalten, zusammenzutreten. Im übrigen ist die Zusammenkunft aber — soweit ermittelt — ausschließlich für die in der „Zahlstelle“ Organisierten und deren eingelassenen (eingeladenen) Gäste bestimmt gewesen und auf sie auch beschränkt geblieben.

#### Königliches Amtsgericht. Bez. Meier.

Der Meisall ist dem überleitigen Amtsdienst schon zu gönnen. Hoffentlich noch nicht in noch ein Staatsgericht die volle Verapfung, wenn er erklärt, daß das Gericht auch einmal selbst einen königlich preussischen Arbeitsrichter abblühen läßt.

Schwerdt. Ein Glendstüb. Die 19jährige Arbeiterin Frieda Bista aus Leipzig entwendete im Dezember v. J. bei einem Besuche in Schwerdt ihrer Tante ein Schmiedeamtstüb und kaufte dafür einen Kinderwagen. Sie war fünf vorher nieder-

genommen, von dem Vater ihres unehelichen Kindes aber im Sinne gelassen worden. Die hiesige Strafammer billigte die mildernde Umstände zu, erkannte aber dennoch auf drei Monate Gefängnis.

Waldow. Uebermals verlegt wurde am vergangenen Freitag die Klagelege der Leipziger Leubahn-Aktion-Gesellschaft gegen die Gemeinden Woldeburg und Raug. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte die Verhandlung bis zum 9. Juni. Der Klagen wurde aufgehoben, bis dahin sämtliche Urchriften, die ihr über die von den Gemeinden übernommenen Verpflichtungen zugegangen sind, der Zivilammer vorzuliegen. Ueber den Ausgang dieses die beiden beklagten Gemeinden gewiß sehr interessierenden Prozesses werden wir demnächst berichten.

Relig. Ein unbetrieberendes schwachmänniges Kind, ein Knabe im Alter von 13 Jahren wurde kürzlich bei Grebena aufgefunden. Der Knabe nennt sich Paul Seibelbach und gibt an, aus einem Orte bei Kassel herzukommen, den er aber nicht nennen kann. Er hat hellblondes Haar, trägt blaue Hosen mit hellem Stern und breitem Hals, buntes Winterjacke, dunkle Schuhe und Schminke. Der Beobachter ist offenbar einer Unfall entlaufen und er wird deshalb vorläufig in hiesiger Strafanstalt verhaftet.

Wittfeld. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Mittwoch, dem 1. Mai, abends 8½ Uhr statt. Die Tagesordnung enthält außer anderen wichtigen Angelegenheiten einen Vortrag über die politische Lage.

Mein-Wittfeld. In eine erst unangenehme Lage geriet der Polizeibeamte Hinz von hier. Als H. bei einem Arbeiter eine Räumung vornehmen wollte und gerade im Begriffe war, das preussische Wappentier an einem Schranke zu befestigen, ergriß der Arbeiter ein heftiges Wehl und gerührmerte den Schranke. Darauf richtete er an H. die Anforderung, sich schleunigt zu entfernen, widrigenfalls er gleichfalls mit dem Wehl Bekanntschaft machen würde. H. mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Doch dürfte die Sache für den betreffenden Arbeiter noch ein böses Beispiel haben.

Waldow. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Die letzte Versammlung war von nur 30 Genossen besetzt. Der Kassierer gab die Abrechnung von der Walfreier. Es wurden 253 Mk. eingenommen, die Ausgabe betrug 167,15, wobei ein Ueberschuß von 85,85 Mk. verbleibt. Am Palmsonntag wurden verkauft 294 Stück zu 20 Pf., = 58,80 Mk. Die Bergarbeiter haben 63, Malchins und Heiser 33, Maurer 68, Zimmerer 16, Metallarbeiter 20 und Arbeiter 6 Marken umgelegt. 43 Mk. sind für 50 Pf. und 25 Pf. Marken verzeichnet. Ueber die Walfreier entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Der Genosse Dem gab danach den Bericht von der Gemeinde-Vertrictes-Sitzung. Ein Antrag betriebs Erziehung eines Bildungsausschusses wurde einstimmig angenommen. Eine Debatte entpinn sich über den Zweck des kommenden Volksfestes am 16. Juni. Die Agitationskommission wurde aufgestellt, eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder in die Wege zu leiten. Bedauernd wurde die geringe Teilnahme der Genossen an der Versammlung, speziell der letzten Fremdenversammlung.

### Aus den Gerichtsfällen.

#### Strafammer.

Halle a. S., den 27. Mai 1911.

Aus Hunger. Ein vorbestrafter 41jähriger Schlosser aus Erfurt, betriebe am 12. April bei einem Heilermeister in Hleleben und ließ bei dieser Gelegenheit einen Schinken im Werte von 12 Mk. entwendet. Er stellte sich als Heiler vor und führte den Herr, der auf Befehligungen antwortet, mit sich. Den Diebstahl will er aus Hunger begangen haben. Unter Zustimmung mildernder Umstände wurde er zu drei Monaten Gefängnis wegen Mißfalls diebstahls und zu 14 Tagen Haft wegen Betrugs verurteilt.

Unzüchtiges Weib. Ein 24jähriger Weiberger von hier ließ sich im vergangenen Jahre von seiner inzwischen verstorbenen Frau durch unzüchtiges Gemeine Weibliche zu seinem Lebensunterhalt gewöhnen. Seine Schwiegermutter leistete in einem großen Ausmaß. Wegen Unzüchtheit wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Die Schwiegermutter erhielt wegen Missetat zwei Monate Gefängnis.

#### Allerlei.

##### Hochwasserkatastrophe in Kleinajen.

Das Wlajel Sudabendigiar mit der Hauptstadt Bruffa ist von einer sehr heftigen Heberhochwasserung heimgesucht worden. Seit 48 Stunden geht ein wasserbrückartiger Regen nieder, der die Ebene des Hlertal unter Wasser setzte. Bei Bruffa sind zwei Wüden eingestürzt. Eine ganze Straße ist eingestürzt. Tausende von

# Wichtige Benachrichtigung.

Zur Vermeidung jeglicher Verwechslung beehre ich mich, das geehrte Publikum darauf aufmerksam zu machen, dass das Schuhhaus

**Gebrüder Oehlschläger,**  
Leipzigerstrasse 16, gegenüber der Ritter-Passage,  
Telephon 73

das einzige ist, welches sich im Besitze der Familie Oehlschläger befindet.

Nach dem frühzeitigen Tode meines Sohnes Oscar Oehlschläger haben dessen Erben das Geschäft mit Firma in fremde Hände übergehen lassen.

Wer also dem Namen Oehlschläger zuliebe kauft, den bitte ich ganz ergebenst, meine Söhne Johannes und Fritz Oehlschläger mit ihrer werten Kundschaft zu beehren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Halle a. S.

**Friedrich Oehlschläger.**

